

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 24. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Telefon: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Polstereinsteller: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Dickschloß-Verlagsanstalt, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einseitige Kompositionelle
Zeile 10.- M., Reklameweile 20.- M.
„Kleine Anzeigen“ das festgesetzte
Wort 11.- M. (zweiwöchig zwei festge-
setzte Worte), jedes weitere Wort
12.- M. Stellengeld und Schluß-
stellenanzeigen das erste Wort
8.- M., jedes weitere Wort 6.- M.
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Zeile 20.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Bezugspreis:
Für den Monat Oktober 1922. — M.,
postfrei. Unter Kreuzband
für Deutschland, Dänzig, Saar- und
Weimargebiet sowie Österreich und
Luzern 24.- M., für das übrige
Ausland 25.- M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Estland, Finnland, Frank-
reich, Holland, Lettland, Luxemburg,
Österreich, Schweden, Schweiz,
Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Reinhold“ und der
Beilage „Bildung und Kleinanzeigen“
erscheint wöchentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Wohin des Weges?

Der Ernst der politischen Situation wird auch von der bürgerlichen Presse empfunden. Aus ihren Berichten über die gestrige Konferenz der Parteiführer beim Reichskanzler heben sich ihre Absichten deutlich heraus. Besonders bemerkenswert scheint uns in dieser Beziehung ein Artikel der „Germania“, der die Notwendigkeit zur Nachprüfung der Sachlieferungen betont, die Zusammenfassung aller Kräfte im Innern fordert und sich zugleich ausdrücklich zur Beseitigung des Achtstundentages bekannt. Dieses Programm, das vielleicht nicht nur das Programm der „Germania“ ist, hat die Eigentümlichkeit, sich mit seinen positiven Forderungen nur gegen die Arbeiterschaft zu richten. Die Preisdiktatur der Schwerindustrie, der Wucher der Kartelle und Syndikate, die Kapital- und Steuerflucht der Besitzenden, die Flucht zum Dollar, dies alles wird übergegangen, als ob es nie existiert und nie einen Einfluß auf unsere Wirtschaft ausgeübt hätte.

In Wirklichkeit sind es aber gerade diese ungeheuerlichen Mißstände, die uns dem völligen Zusammenbruch nahe gebracht haben und gegen die sich jetzt die Abwehr richten muß. In der gestrigen Besprechung der Parteiführer hat der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt mit erfreulicher Deutlichkeit den Kampf aufgenommen, um die Mark als Wertmaßstab und Zahlungsmittel zu erhalten. Er will die Mark retten, weil davon die Rettung der ganzen Volkswirtschaft abhängt.

Die Kräfte, die gegen ihn und unsere Partei stehen, scheinen aber in allen bürgerlichen Parteien die Oberhand zu gewinnen. Der Dollarfanatismus unserer nationalen Industrie beherrscht alles. Fraglich ist nur, ob man sich schon klar darüber geworden ist, wohin diese Reise geht. Eine neue Regierung, die nichts zum Schutz der Mark, nichts gegen die Not des Volkes unternimmt, dagegen die Sachlieferungen reduziert, würde, ihre Tätigkeit damit beginnen, daß sie nach allen Seiten, nach außen wie nach innen, Bogenstöße führt. Solche Stöße pflegen jedoch nicht ohne Gegenwirkung zu bleiben. Man muß die bürgerlichen Parteien dringend warnen, sich blindlings unter die Führung sogenannter „Wirtschaftsführer“ zu begeben, deren Drang, die eigenen Interessen wahrzunehmen, ebenso unverkennbar ist wie ihr politischer Dilettantismus. Vor allem aber muß man wünschen, daß sie sich über den Ernst der sozialdemokratischen Forderungen keinem Zweifel hingeben mögen. Lehnen sie diese ab und wollen sie es anders probieren, so liegt die Verantwortung auf ihnen.

Im Reichstag wurden heute mittag vor Schwach besetztem Hause zunächst kleine Anfragen beantwortet. Auf eine An-

frage Kahl (Dt. Vp.) wird geantwortet, daß die Reichsregierung demnächst dem Reichstag eine Zusammenstellung der Ausschreitungen der Besatzungstruppen vorlegen wird.

Abg. Siebel (Soz.) weist in einer kleinen Anfrage auf den Mangel an Kartoffeln

in den Großstädten hin; die Landwirte mieten ihre Kartoffeln ein und bringen so gut wie keine Kartoffeln auf den Markt, um höhere Preise im Spätwinter abzuwarten. Die Regierung läßt antworten, daß ihr von einer absichtlichen Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte nichts bekannt sei.

Die Interpellation der Demokraten über die gesetzliche Regelung der Lehrerbildung wird die Regierung in der verfassungsmäßigen Frist beantworten.

Die vierte Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 6. Oktober 1922 wird einem Ausschuh überwiesen. Ohne Debatte erledigt das Haus den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen und den von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurf zur Verlängerung der Zuckungsfrist der 1922er Weine. Die namentliche Abstimmung über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis 30. Juni 1925 wird verschoben.

Die Erhöhung des Getreidepreises für das erste Umgelegtjahr wird debattiert beschlossen. Die namentliche Abstimmung wird ausgesetzt. Es wird dann eine

Verhandlungspause

eingelegt, da die zur Beratung der Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte notwendigen Regierungsvorläufe noch nicht anwesend sind.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen tritt das Haus in die dritte Lesung der Änderung der Angestelltenversicherung ein.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns billigt, die Beschlüsse der zweiten Lesung in bezug auf die Amtsdauer der Direktoren und der höheren Beamten wieder rückgängig zu machen und gemäß der Regierungsvorlage die lebenslängliche Anstellung zu beschließen. Der Minister empfiehlt den Eventualantrag des Zentrums, wonach die lebenslängliche Anstellung in den ersten drei Jahren widerrufen sein soll.

Abg. Ande (Ztr.) begründet diesen Antrag seiner Partei, den die Siebel (Soz.) und Eckelenz (Dem.) bekräftigen. Sie halten an der zwölfjährigen Amtsdauer fest. Nach weiterer Debatte, an der sich neben dem Reichsarbeitsminister die Abg. Maljahn (Konun.) und Thiel (D. Vp.), der für den Zentrumsantrag eintritt, beteiligen, wird die lebenslängliche Anstellung in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 182 Stimmen abgelehnt.

Der Eventualantrag des Zentrums wird in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 174 Stimmen angenommen. Die Direktoren und höheren Beamten werden also auf Lebenszeit angestellt; in den ersten drei Jahren ihrer Amtstätigkeit kann der Reichsarbeitsminister aber diese lebenslängliche Anstellung widerrufen. (Schluß in der Morgenausgabe.)

Cecil's Mahnung an Frankreich.

Paris, 24. Oktober. (E.E.) Lord Robert Cecil erklärte dem Londoner Berichterstatter des „Mail“: Frankreich muß einsehen, daß die Wirtschaftslage Deutschlands außerordentlich schwierig ist. Die Ungewißheit, in der sich dieses Land wegen der Größe seiner Schuldensumme befindet, treibt es zu einer Art Versuchswendung, die die Grundlagen des nationalen Lebens ruiniert. Der Zusammenbruch der Mark kann die schwersten sozialen Konsequenzen haben. Nach meiner Meinung muß Frankreich Opfer bringen, und England ebenso. Es muß zu einem Einvernehmen über die interalliierten Schulden kommen. England muß auf seine Reparationszahlungen verzichten. Wenn auf dieser Grundlage der Beginn eines Einvernehmens möglich ist, dann muß die wirkliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgestellt werden. Da man aber hierüber verschiedener Meinung sein kann, so muß der Völkerbund die notwendigen Untersuchungen anstellen und die Mittel ausfindig machen, damit Frankreich Geld bekommt, das es unbedingt braucht; durch eine internationale Anleihe. Deutschland muß einsehen, warum es zahlen soll. Man zwingt 60 Millionen Menschen nicht durch sorglose Drohungen. In seiner gegenwärtigen Lage denkt Deutschland nur an die Kasche seines Geldes. Frankreich und England müssen gemeinsam Abhilfe suchen. Deutschland muß geholfen werden, ihm aber müssen strenge Bedingungen auferlegt werden. Frankreich und Deutschland müssen zusammenarbeiten. Es war ein großer Fehler der Versailler Verhandlungen, daß nicht, wie sonst üblich, die Vertreter Deutschlands zu den Beratungen zugezogen wurden. Die Alliierten hätten dadurch nichts verloren. Sie hätten im Gegenteil die Macht gefunden, einen gemeinsam vorbereiteten Friedensvertrag durchzusetzen.

Die deutsch-französische Wiederaufbaukonferenz.

Heute morgen wurden am Sitze des Verbandes sozialer Bau- betriebe die Verhandlungen fortgesetzt. Sie haben eine volle Übereinstimmung zwischen den beiden vertretlichstehenden Parteien ergeben, so daß der Vertrag zum Abschluß kommen konnte. Wie wir weiter erfahren, wird die französische Delegation heute vormittag vom Reichskanzler empfangen.

Dollar 4420.

Fürsten- und Kaisertreue.

Von Kurt Heinig.

„Wären die Deutschen aller Schichten und Stände zur Freude und zum Stolz in ihrem Vaterlande erzogen gewesen, dann wäre eine solche Selbsterbedigung eines großen Volkes undenkbar gewesen.“
Wilhelm II. in „Ereignisse und Gestalten“.

Der Volksmund sagt, daß die Liebe beim Geldbeutel aufhört. Das bleibt eine Wahrheit, auch wenn man die Feststellung umkehrt: Liebe beginnt erst dort, wo die Opferbereitschaft anfängt. Noch deutlicher wird diese Erkenntnis, wenn das Beispiel auf die Liebe zum Staat, zur Allgemeinheit und auf die Pflicht, Steuern zu zahlen übertragen wird. Die Regierungen haben der „Opferwilligkeit“ ihrer Untertanen immer durch ebenso umfangreiche wie genau formulierte Gesetze die Wege geebnet. Im alten Deutschland oder richtiger in den früheren Bundesstaaten des Deutschen Kaiserreiches war jedermann scharf erfaßt, zumal die Leute mit Arbeitseinkommen mußten ihre Liebe zum Staat gründlich bekunden. Die hohen und höchsten Einkommen und Vermögen wurden glimpflicher behandelt, die „allerhöchsten“ waren auf Grund Jahrhunderte alter Privilegien völlig steuerfrei, bei ihnen war — so sagte man — ein Zwang zur Opferbereitschaft auch nicht nötig. Es erschien zudem absurd, den persönlichen Träger der Staatsgewalt, dessen Vorfahren noch Herren, ja Besitzer des Staates gewesen waren, mit den Untertanen auf eine Stufe zu stellen.

Es kam der Weltkrieg. Jeder sollte das Letzte opfern zum allgemeinen Besten. Es kamen Kriegssteuern und Kriegssammlungen, es entstanden auch Kriegsgewinne. Nun galt es, die Liebe zum Lande zu beweisen, es galt zu zeigen, daß man „zur Freude und zum Stolz am Vaterlande erpogen“ war. Wir haben es miterlebt und haben oft genug gefaunt über die Treue gerade der Kernsten der Armen. Sie brachten Gold und Geld und Gesundheit und Leben zum Opfer. Wie sah es bei den Fürsten, beim Kaiser aus? Es ist selbsterbedig über deren Kriegsofferleistungen gesprochen worden und manches wird dazu noch zu sagen sein; auch grundsätzlich falsche Einstellungen sind wohl gelegentlich zu berichten. Heute mögen nur einige Tatsachen sprechen, die wohl die Aufmerksamkeit der zuständigen Finanz- und Steuerbehörden verdienen.

Ende August schickte die Geschäftsstelle der deutschen Ständesherrn und der Vereinigung deutscher Hofkammern, das ist die Gewerkschaft der deutschen standesherrlichen, fürstlichen und königlichen Vermögensverwaltungen, an ihre Mitglieder folgendes Rundschreiben:

Geschäftsstelle der Verwaltungen
der deutschen Ständesherrn
und der Vereinigung deutscher
Hofkammern. Berlin, 30. August 1922.

Wie uns von der Vermögensverwaltung eines früher regierenden Fürsten mitgeteilt wird, ist dieser ehemalige Bundesfürst auf Grund des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 26. Juli 1918 veranlagt worden. Gegen die Veranlagung ist unter Berufung auf die Steuerfreiheit der Landesfürsten Einspruch erhoben. Eine freiwillige Übernahme der außerordentlichen Kriegsabgabe wie beim Wehrbeitrag ist infolge der Staatsumwälzung unterblieben. In der Steuerhoheit des Reiches war ein Recht zur Besteuerung der Bundesfürsten nicht eingeschlossen. Die jetzt streitige Frage wird von der obersten Spruchbehörde in Steuerfachen, dem Reichsfinanzhof, entschieden werden müssen. Der betreffenden Verwaltung liegt daran zu erfahren, welcher Standpunkt seitens der übrigen ehemaligen Landesfürsten angenommen wird, und ob vielleicht schon eine Entscheidung des Reichsfinanzhofes vorliegt. Wir bitten, uns hierüber möglichst umgehend Auskunft geben zu wollen.
gez. Boden.

Das ist das Schreiben einer nüchternen Interessentenorganisation, wie sie jeder beliebige Unternehmerverband heute ebenfalls ganz selbstverständlich darstellt. Zudem zahlen die wenigsten Menschen gern Steuern. Viel beachtlicher ist aber die Stellungnahme, die jenes Rundschreiben bei der hohenzollernschen Vermögensverwaltung gefunden hat.

Das vormalige königliche Hausministerium antwortete der Hofkammer, der eigentlichen Güterverwaltung der Hohenzollern, die ihrer vorgeordneten Behörde von der Zuschrift Kenntnis gegeben und um Auskunft gebeten hatte, wie folgt:

„Die hier befindlichen Akten ergeben nicht, daß Se. Majestät der Kaiser und König seinerzeit zu der außerordentlichen Kriegsabgabe für 1918 veranlagt worden ist, und auch neuerdings hat eine solche Veranlagung nicht stattgefunden; vielmehr haben sich die nachträglichen Veranlagungen bisher auf die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs nach dem Gesetz von 1919, auf die Besitzsteuer von 1919, das Reichsnotopfer und die Reichseinkommensteuer beschränkt. Ob etwa die Akten der Schatzkammerverwaltung etwas weiteres ergeben, kann leider zurzeit nicht festgestellt werden, weil Hofrat Nitz, der die betreffenden Akten hinter sich hat, noch beurlaubt ist. Sofortige Anfrage an ihn ist veranlaßt, auf die wohl in einigen Tagen Antwort zu erwarten ist.“

Ebert als Reichspräsident bestätigt.

Heute gegen 2 Uhr nahm der Reichstag die Abstimmung in der Frage des Reichspräsidenten vor. Mit ja stimmten 314, mit nein 76, Stimmenthaltung 1. Reichspräsident Ebert stellte nach der Abstimmung fest, daß damit das Provisorium in der Reichspräsidentenschaft beendet und Ebert zum verfassungsmäßigen Reichspräsidenten erklärt worden sei.

Franzosen gegen Finanzkontrolle.

Der von der französischen Regierung der Reparationskommission vorgelegte Plan einer Finanzkontrolle des deutschen Budgets löst jetzt selbst in Frankreich auf starken Widerspruch. Maßgebende Wirtschaftspolitiker halten den Plan Barthous für undurchführbar und sehen in ihm lediglich den Anlaß zu neuem weiteren Elend innerhalb der deutschen Bevölkerung. Schon diese Erkenntnis ist der französischen Öffentlichkeit, die noch vor wenigen Wochen mit ihrer Regierung durch die und dünn ging, hoch anzuschreiben. Statt mit Barthou, marschieren Frankreichs öffentliche Meinung in wesentlichen Punkten mit Bradbury, der die Auffassung der französischen Regierung zur Lösung des Reparationsproblems ablehnt und der eine Stabilisierung der Mark nur dann für möglich hält, wenn Deutschland eine lange Ruhe zur Ordnung seiner Finanzen eingeräumt wird. Diese Stellungnahme wird mit größter Wahrscheinlichkeit auch die der neuen englischen Regierung sein. Schon jetzt wird von konservativen Kreisen Englands mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß sich in der englischen Außenpolitik kein Wandel vollziehen wird.

Deutschlands Lage ist gerade im Augenblick wieder äußerst ernst. Neben außenpolitischen Gefahren drohen dem Reich neue innenpolitische Krisen, die letzten Endes auch hervorgerufen werden durch die Währungskaufkraft. Es liegt schließlich bei der Entente, Deutschland zu einer Steigerung in seiner Politik zu verhelfen. Neue Kontrollmaßnahmen, wie sie Poincaré und Barthou planen, können naturgemäß nur das Gegenteil von Stetigkeit erwirken und nur eine Verschärfung der Situation des Deutschen Reiches hervorrufen.

Sachlich könnte hier nur derselbe Standpunkt eingenommen werden, wie er in dem Schreiben der Geschäftsstelle skizziert ist, da eine gesetzliche Steuerpflicht — ebenso wie beim Wehrbeitrag — nicht festgelegt worden ist und eine freiwillige Uebernahme dieser Kriegsabgabe durch Se. Majestät doch wohl nicht statgefunden hat. Ob eventuell politische oder sonstige Gründe eine andere Stellungnahme rechtfertigen könnten, bleibt dahingestellt."

Die vorstehenden Bemerkungen wurden am 9. September dieses Jahres gemacht. Weniger wichtig ist bei ihnen die Feststellung, daß der vormalige Kaiser doch sicherlich nicht übernommen habe, die Kriegsabgabe freiwillig zu zahlen. Davon sind wir bei Wilhelm II. überzeugt. Viel bedeutender erscheint uns, daß die höchste Verwaltungsbehörde des hohenzollernschen Vermögens ihrer nachgeordneten Stelle zur Erwägung anheimgibt, ob nicht „politische oder sonstige Gründe“ eine andere Stellungnahme, d. h. eine etwaige Bezahlung der Kriegsabgabe 1918 rechtfertigen könnten! Man ist bei den Hohenzollern an so viel gewöhnt worden, daß diese als möglich angeordnete Selbstverständlichkeit beachtenswert erscheint. Aber was hat die Hofkammer, die die Wünsche und Gedanken ihres Kaisers wohl besser kennt als das vormalige königliche Hausministerium, aus dieser Anregung gemacht? Die Hofkammer schrieb der antragenden Organisation zurück:

Berlin, den 12. September 1922.

An die Geschäftsstelle der Verwaltungen des deutschen Standesherrn und der Vereinigung deutscher Hofkammern Berlin.

Auf das Zirkular vom 13. August 1922 — Nr. 626 — erwidere ich ergebenst, daß eine Heranziehung des preussischen Königshausen zu der außerordentlichen Kriegsabgabe pro 1918 nicht statgefunden hat und daß die Verwaltung eine solche auch nicht für zulässig hält. Eine Erörterung der Fragen mit den Behörden hat nicht statgefunden.

gez.: v. Reil, Hofkammerpräsident.

Zur Erläuterung sei bemerkt, daß die Hofkammer als selbständige Güterverwaltung der Hohenzollern in den letzten Jahren verschiedentlich in der Öffentlichkeit genannt werden mußte, weil sie zugunsten ihres Herrn dem rückichtslosten Egoismus huldigte und sich dabei mit vielen anderen sehr vornehmen und wohlhabenden Leuten von weniger gutem Ruf ungeniert auf eine Stufe stellte. In dem vorliegenden Falle erweist sie den Versuch einer anständigen Regelung der hohenzollernschen Vermögensverwaltung im Keime. Das paßt sich dem, was die Öffentlichkeit immer wieder von ihrem ehemaligen kaiserlichen Herrn und seiner praktischen Einstellung zum Geld und zu Geldangelegenheiten gehört hat, würdig an. Dazu kann man wirklich nur sagen: wären die deutschen Fürsten und der deutsche Kaiser „zur Freude und zum Stolz an ihrem Vaterlande erzogen gewesen, dann wäre eine solche Selbsterniedrigung undenkbar gewesen."

Berlins Finanznot.

Wenn es wie anderen deutschen Gemeinden so auch der Stadt Berlin finanziell schlecht geht, so liegt das nicht, wie die bürgerliche Presse zu behaupten beliebt, an „diesem Magistrat“. Die Räte der Gemeinden ist die gleichmäßige Folge der rapiden Marktwertung. Der Berliner Magistrat hat eine ganze Reihe von Maßnahmen durchgeführt, um dieser Finanznot zu steuern. In einem Bericht an die Stadtverordnetenversammlung wird darauf hingewiesen, daß der Magistrat sich um eine Vereinfachung und Verbesserung des Verwaltungsapparates der Stadt bemüht hat. Diese Bemühungen haben eine wesentliche Einschränkung des städtischen Personals zur Folge gehabt. Der Kämmerer wies bereits vor einiger Zeit auf die starke Einschränkung der Zahl der Arbeiter und Angestellten in den städtischen Betrieben hin, die um mehrere tausend gegenüber dem Vorjahre vermindert sind.

Eine weitere Erleichterung der Finanzlage will man durch Einschränkung der sachlichen Ausgaben

erzielen. Wir halten einen solchen Weg für außerordentlich bedenklich. Die Einstellung von Bauten, mangelnde Unterstützung verbender Anlagen bedeutet keine Ersparnis, sondern nur eine um so größere Belastung für die Zukunft. So ist z. B. die Verweigerung von Betriebsmitteln für die gut arbeitende Neuföllner Stadtbaugesellschaft in höchstem Grade bedauerlich.

Im Widerspruch mit den Sparmaßnahmen des Magistrats steht die Politik der dauernden Erweiterung des Beamtenapparates. Groß-Berlin leidet nicht nur an einer Ueberfülle von Angestelltenpersonal, sondern auch an einer Uebertriebener Beamtenschaft. Trotzdem werden der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig Vorlagen über weitere Beamtenernennungen vorgelegt.

Wenn der Magistrat eine wirklich sachgemäße Sparpolitik betreiben will, so wird er weniger auf dem Gebiet sachlicher Ausgaben Vorsicht üben, als auf eine Verminderung der Beamtenschaft bedacht sein müssen. Eine planmäßigere, einheitlichere und beweglichere Durchführung der Groß-Berliner Verwaltungsorganisation, die heute noch in starkem Maße an überflüssiger und doppelter Verwaltungsarbeit (in der Zentrale und den Bezirken) leidet, müßte auf die Dauer zahllose Millionen Ersparnis bringen.

Wenn die Schulden der Stadt seit dem Abschluß des letzten Etatsjahres sich um etwa eine Milliarde vermehrt haben, so ist an sich die finanzielle Lage Berlins bei dem Milliardenbesitz der Stadt an verbenden Betrieben, die bedeutende Ueberschüsse abwerfen, durchaus noch nicht so schlecht, daß es nicht möglich sein sollte, für die notwendigen sachlichen Ausgaben auch auf dem Anleihewege Kapitalien aufzubringen. Voraussetzung wird allerdings sein, daß die Organisation der städtischen Werke endlich ins reine gebracht wird. Es ist kein Ruhmeslapp für die Berliner Verwaltung, daß ungefähr zwei Jahre über diese so wichtige und brennende Frage diskutiert und nicht gehandelt wird.

„Goethe“ vor dem Staatsgerichtshof.

Ein antisemitischer Ablehnungsantrag.

Leipzig, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Selbst eine kleinere Sache kann vor dem Staatsgerichtshof nicht zur Verhandlung kommen, ohne daß eine Demonstration gegen den Gerichtshof erfolgt. Der Verteidiger des Angeklagten Goethe, Kaufmann aus Halle a. d. S., der in einer Versammlung der Deutschsozialen Arbeiterpartei die Regierung beschimpft hat, lehnte den Präsidenten ab, weil er sich in der Urteilsbegründung im Rathenau-Prozess gegen den jüdischen Antisemitismus gewendet hat, den Richter Fehrenbach, weil er vor Jahren einmal gesagt hat, wenn er das Wort „deutschjüdisch“ höre, werde ihm schummrig und schließlich lehnte er alle Mitglieder des Gerichts ab, die jüdischer Abstammung oder mit Juden verwandt sind. Ob solche Mitglieder vorhanden sind, wußt er überhaupt nicht. Er stellt den Antrag immerhin sozusagen auf Vorrat.

Der Staatsgerichtshof behandelte den Antrag gebührend. Er brauchte noch nicht fünf Minuten zur Ablehnung.

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlung meldet die Korrespondenz BS.: Als zur Vernehmung des Angeklagten geschritten werden sollte, erklärte dieser: Ueberhaupt hat niemand das Recht gehabt,

diesen Gerichtshof einzusetzen, auch Ebert nicht, denn wir haben ja gar keinen Reichspräsidenten, wenigstens nicht einen vom Volk gewählten, und der Reichstag hat kein Recht, die Lebensdauer des jetzigen Präsidenten zu verlängern. Vors.: Derselben Fragen sind bereits im Rathenau-Prozess erörtert und entschieden worden. Der Angeklagte gab dann an, daß er Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sei. Am 24. März habe die Partei in Halle eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in der Adolf Hitler sprechen sollte. Kaum hatte man die Versammlung eröffnet, als zur allgemeinen Entrüstung der Teilnehmer zwei Schupobeamte erschienen, um die Versammlung zu überwachen. Die Erregung sei durchaus berechtigt gewesen, denn in anderen politischen Versammlungen, auch in solchen, in denen der sogenannte

„Sauherdenton“ üblich war, gegen den die Regierung jetzt ankämpfen wolle, habe man niemals Schuppolizei bemerkt, auch bei den Kommunisten nicht, die die Regierung ebenfalls beschimpften und die deshalb auch vor den Staatsgerichtshof gehörten, vor denen die Regierung aber anscheinend Angst habe. — Vors.: Ich warne Sie davor, sich

neuer Beleidigungen gegen die Regierung

schuldig zu machen, da das der Grund zu einem Verfahren gegen Sie sein könnte. Sie haben in der Versammlung folgende Äußerungen getan: „Ich habe schon dreimal einen mir vom Vormundschaftsgericht angetragenen Ehrentitel abgelehnt, weil es mir nicht einfällt, bei einer Regierung, die nur aus Lumpen und Schiebern besteht, ein solches Amt zu bekleiden. Wenn ich den Antrag hätte, in drei Tagen Ebert, Scheidemann — Erzberger ist ja schon im Jenais — Weich und Rathenau umzubringen, dann würde ich es tun. Ich bin ja so, und bin ja auch nicht an den Achtsundtag gebunden. Ich würde solange machen, bis sie alle wären.“ Angeklagter: Ich habe nur gesagt: Eine Regierung, die zum Teil aus Lumpen und Schiebern besteht. Dann wurden die beiden Schupwachmeister vernommen, die damals die Versammlung überwacht hatten. Sie gaben an, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Äußerungen tatsächlich getan habe. Im übrigen habe es sich nicht um eine Ueberwachung der Versammlung, sondern um einen Schutz der Teilnehmer gegen etwaige Sprengungsversuche und um Ueberwachung der polizeilichen Sicherheitsvorschriften im Saal gehandelt.

Das Gericht verurteilte Gustav Goethe wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert und des Reichstagspräsidenten Dr. Wirth zu neun Monaten Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens. Den Beleidigten wird außerdem die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Jahresfeier der Hochschule für Politik.

Berlin, 24. Oktober. (WZB.) Die Deutsche Hochschule für Politik beging heute im großen Hörsaal der Alten Bauakademie ihre Jahresfeier unter Teilnahme des Reichspräsidenten und einer großen Anzahl anderer Ehrengäste. In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Staatsminister a. D. Dr. Drews an die vor zwei Jahren erfolgte Gründung der Hochschule und dankte dem Reichspräsidenten, dessen Interesse und moralische Unterstützung von größtem Wert für die Hochschule sei, sowie den Vertretern der Reichs- und Staatsministerien. Die starke Teilnahme an der heutigen Feier dürfte wohl als Zeichen der Billigung der bisher geleisteten Arbeit und somit als weiterer Ansporn dienen. Wie bitter notwendig die Vertiefung und Verstärkung der politischen Bildung gerade für das deutsche Volk sei, bedürfe keiner weiteren Darlegung. Gewiß sei Politik eine Sache des Willens und der Wille werde durch Werturteile bestimmt, aber diese Werturteile würden geschöpft auf Grund von Tatsachennmaterial, das der Intellekt vermittele.

In Vertretung des durch Reichstagsarbeiten verhinderten Reichsministers Dr. Köster sprach sodann Ministerialdirektor Dr. Brecht die besten Wünsche der Reichsregierung für die fernere Arbeit der Hochschule aus, deren Gründung gerade in Deutschland ein erhebliches Maß von Wagemut erfordert habe. Die Hochschule solle die Ueberzeugung stärken, daß zwischen Sachlichkeit und Politik, die nicht identisch sei mit Parteipolitik, kein Gegensatz bestehe, und wenn sie auf dem bisherigen Wege fortschreite, werde sie segensreiche Arbeit durch die Heranbildung eines Nachwuchses leisten, wie ihn der Staat brauche. Hierauf folgten Referate von Prof. Dr. Jaech und Geheimrat Prof. Dr. Troeltzsch.

Der Landtag setzte heute zunächst die Besprechung der verschiednen großen Anträge über die Rot am Rhein fort. Auf der sehr umfangreichen Tagesordnung stehen auch die sozialdemokratische und die deutschnationale Große Anfrage zum Fall Stubenrauch, zu denen Minister Boeck Stellung nehmen wird. — Der Weltkongress hat beschlossen, Vollkungen von Mittwoch, 25. Oktober, bis zum 6. November nicht abzuschießen. Vom 6. bis 11. November sollen dann Vollkungen erfolgen, wobei der 9. November Sitzungsfreizeit bleibt. Dann sollen eine Anzahl noch unerledigter Gegenstände aufgearbeitet werden, so der Antrag über die Gewerbesteuer und ein solcher über die Ueberschichten. Außerdem sollen die Ausschüsse tagen. Die Stadtordnung kommt noch nicht zur Beratung.

Hungerstreik im Hallenser Gefängnis. Seit Freitag befindet sich im Richtergefängnis eine Anzahl kommunistischer Verhafteter im Hungerstreik, um ihre Entlassung oder die Aberäumung eines Verhandlungstermins zu erzwingen.

Die magere Hand.

Von Ernst Preczang.

Die Straße.

Aus einem lebendigen Lumpenbündel auf der untersten Stufe des Hauseingangs reckt sie sich empor: die dürre Hand an einem mageren Arm.

Sie zittert nicht, bewegt sich nicht. Steht starr in der Luft, den Handteller flach nach oben geöffnet.

Kein Blick wirbt. Der Kopf mit den spärlichen grauen Zöpfen beugt sich tief in den Schoß. Der Mensch ist nicht da. Nur die Hand. Die ausgestreckte, wartende Hand.

An den Hornbäumen der schönen Straße glüht das Laub. Roter Wein hängt von den Balkonen. Die Scheiben glänzen in der Sonne, die sich abendlich neigt. Das goldene Kreuz auf der Kirche da hinten am Ende der Straße funkelt.

Starr ragt die Hand empor.

Spaziergänger wandeln vorüber. Gemächlich, satt, die blanke, farbige Stunde genießend. Elegante Herren, sorglose Frauen, lachende Mädchen. Gepfänder murmelt, Seide knistert vorbei. Ein schwacher Duft von Puder, Zigarettenrauch und Parfüm weht auf und verfliegt.

Aus dem Lumpenbündel ragt die wartende Hand. Leer, geduldig, starr ...

Der Sechser.

Eine Gabe fiel auf die Hand.

Langsam hebt sich ein Kopf aus dem Bündel. Ein Gesicht taucht empor. Ein Antlitz, von Rissen durchgraben. Eine graubraune Lederhaut, elend- und wettergerührt. Kleine, trübe, rotgeränderte Augen starren auf die Hand. Reglos, fast tot. Hoffnungslos und kraftlos.

Ein Mensch spendete dem anderen eine Gabe. Einen eisernen Sechser. Eine kleine, runde, schwarzgraue Platte ruht auf der Hand.

Der Kopf mit den grauen Zöpfen sinkt müde wieder in den Schoß. Das Antlitz taucht hinab. Der Mensch ist nicht mehr da. Ein Lumpenbündel dockt auf der untersten Stufe des Hauseingangs.

Aus dem Bündel reckt sich die magere Hand. Geduldig, starr — mit einem eisernen Sechser darauf ...

Dillon.

Das Kreuz auf der Kirche funkelt nicht mehr. Die Schatten der Menschen und Dinge verlängern sich.

Und die Hand wächst. Der dürre Arm reckt sich höher und höher.

Der eiserne Sechser auch dehnt sich langsam aus.

Die Spaziergänger fröhlich. Das Lächeln schwindet von den Gesichtern. Die Seide magt nicht zu knistern.

Die Hand wächst.

Der Strom der Damen und Herren beginnt zu stöken. Weiße Gesichter schauen einander an. Blicken empor: Ein dürrer Arm ragt hinauf bis über die Dächer. Eine magere Riesenhand — und darauf ein gemaltiges eisernes Gewicht.

Sie verfinstert den Himmel, weitet sich über die große, endlose Stadt.

Hinter, ganz hinten aus der Straße starrt das Blutauge der Sonne tief vom Pflaster auf.

Das Laub der Hornbäume trägt dunkles Rot. Von den Balkonen rinnt das Weingeänge wie Blut.

Ueber der Stadt steht die magere Hand. Droht ein ungeheures Gewicht.

Dunkel wird's, dunkler und dunkler.

Klasse, zitternde Lippen fallen: „Wenn es fällt ... Wenn es — fällt!“

Unsere Volksernährung und die Valuta. Welch ungeheure Gefahr für unsere Volksernährung in dem immer höhersteigenden der fremden Valuten liegt, das kommt so recht zum Bewußtsein, wenn man den engen Zusammenhang unserer wichtigsten Nahrungsmittel mit dem Auslandsmarkt bedenkt. Diese noch immer zu wenig bekannte Tatsache betont Prof. Ludenau in einem Aufsatz über die gegenwärtige Lage der Volksernährung in der „Klinischen Wochenschrift“. Wenn unser Volk nicht vollkommen versenden und verkümmern soll, braucht es unbedingt wichtigste Lebensmittel vom Ausland. Die Margarine, die wir essen, wird zwar fast ausschließlich in Deutschland zubereitet, aber etwa 70 Proz. der Margarine werden in Fabriken gewonnen, die sich im Besitz von ausländischen Unternehmern befinden, und 96 Proz. des gesamten Fettes, das wir in Form von Margarine genießen, kommt aus dem Ausland. Da die monatliche Fettmenge, die auf diese Weise dem deutschen Volk zugeführt wird, viele Milliarden Papernwert beträgt, so hat keine Firma mehr so viel Geld, um das Fett in der früher üblichen Weise auf dem Weltmarkt zu beschaffen, sondern ausländische Firmen legen diese Rohstoffe nach Deutschland in Konfignationslager, von wo die Fette erst zur Zeit des Verbrauchs — alle paar Tage — entnommen werden. Dann müssen sie aber Zug um Zug mit ausländischen Preisen bezahlt werden, und daher kommt es, daß der Margarinepreis bei uns etwa alle drei Tage nach dem Valutastande schwankt. Sollten diese ausländischen Firmen das Vertrauen zu uns verlieren, dann würde sofort eine Ernährungsnotkatastrophe eintreten, da wir tatsächlich von der Hand in den Mund leben.

Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Schweinefleisch. Während wir vor dem Kriege etwa 15 Millionen Schweine hatten, sind es jetzt nur noch 8½ Millionen. Aber schon vor dem Kriege wurde sehr viel Schweinefleisch eingeführt und gegenwärtig muß alles in den Handel gelangende Schweinefleisch aus dem Ausland bezogen werden. Auch dabei legen ausländische Firmen das Schmalz in Konfignationslager, und diese sind demnach des Rückgates unserer

Fettversorgung. Wir sind auch darin vollkommen von dem Vertrauen des fremden Großhandels abhängig. Bei der Butter liegen die Verhältnisse nicht besser. Die Buttermenge ist gering, und dieselbe ist bei der Milch zu bedenken, durch deren Abnahme auch die Käseherzeugung zurückgegangen ist. Sodann sind wir bei den Hülsenfrüchten vom Ausland abhängig und beziehen Bohnen aus Rumänien, Jugoslawien, Kalifornien und Brasilien, Erbsen aus China und den Westindien, Linsen aus Sibirien, Kernen von Brasilien. Hinsichtlich der Getreide- und Fleischversorgung liegen die Dinge sehr trübe. Bei Reis, Speiseeis, Gewürzen sind wir auf das Ausland angewiesen. Nur bei Kartoffeln und beim Zucker dürfen wir annehmen, daß infolge der guten Ernten die Versorgung auf keine Schwierigkeiten stoßen wird.

„Othello“. In der Staatsoper ist der Charakter-Bariton kontraltlich beurteilt. Schwarz, der Gast sein sollte, lag ab, angeblich weil er erkrankt ist, in Wirklichkeit weil sein Schiff nach Amerika geht. Die allerhöchsten Preise bleiben die gleichen, auch wenn Herr Fiescher einspringt. Aber auch der legt ab. So singt Arnold Gabler aus Dessau recht schön die Noten der Jago-Partie, ist nicht mehr jung, aber ergibiger Stimme. Kein Zug ein Bösewicht, kein Zoll ein Charakteristiker. Mit dieser unsicheren Bemühtlichkeit richtet man die Rolle und herabst das Drama seiner letzten Wahrscheinlichkeit. Kärner ist in ungewöhnlich guter Verfassung und Frau Hedemann-Bedendorff gibt wenigstens gefanglich Schönes. Das kann man von Chor nicht sagen. So hielt man sich an das prachtvolle Orchester, das auch an schwachen Abenden hohes Niveau behält. Jedenfalls ist aber mit solchen Aufführungen die Mahrenwische des Staatsoperbetriebes nicht rein gewaschen. R. S.

Das unnormale Normalmeter. In unserer Zeit, in der alle scheinbar feststehenden und endgültigen Dinge zu wanken anfangen, wird sogar das Normalmeter unnormal. Dieses ehrwürdige Meter, das in Breteuil bei Paris aufbewahrt wird, soll nach einem Bericht der „Umschau“ länger geworden sein, und zwar um 1/2 Mikron. Die Verlängerung des Normalmaßes ist nicht gerade groß, denn 1 Mikron beträgt nur 0,001 Millimeter. Aber bei einem Normalmaß ist es immerhin peinlich. Man sieht die Veränderung auf eine Umlagerung der Platin-Iridium-Mischung, die durch die jährliche Reinigung verursacht sein soll. Der Meterstab soll daher bis auf weiteres nicht mehr gereinigt, sondern 10 Jahre sorgfältig beobachtet werden.

Die erste russische Auktionen. Berlin 1922. wird bis zum 15. November verläuft. Die Auktionen ist in der Galerie von Tieren u. G. Unter den Linden 21, wochentags von 10-5, Samstag von 11-2 geöffnet. Eintritt 25 R., für Studierende 10 R. Für Vereinigungen usw. Führungen.

Dr. Fritz Widert, der Direktor der städtischen Kunsthalle in Hannover, ist an die Spitze des Kunsthallunterrichtes der Stadt Hannover, 22. berufen worden. Die Vereinheitlichung des gesamten Unterrichts für Kunst und angewandte Kunst wird seine Aufgabe sein. Widert hinterläßt in Hannover eine Rufschwundbildung von vorbildlicher Höhe und Geschlossenheit der Leitung, eine keine Sammlung der besten neueren Werke Deutschlands und Frankreichs. Noch bekannter wurde seine Begründung des freien Bundes für Kunst, der sich der Einbürgerung künstlerischen Bewußtseins und künstlerischer Tradition im besten Sinne widmete.

Der englische Wahlfeldzug.

London, 24. Oktober. (E.P.) Bonar Law will am 15. November wählen lassen, einem Mittwoch; die Sozialisten verlangen einen Sonntagabend als Wahltag.

London, 24. Oktober. (E.P.) Die Unabhängigen (Asquith) Liberalen erließen folgende Rundgebung: Das Komitee drückt über den Sturz der Koalitionsregierung seine Genugtuung aus. Es betrachtete die Koalition immer als ein unglückseliges Produkt einer Wahl, die dieses Namens unwürdig war. Das Komitee hofft, daß das völlige Fiasko der politischen Abenteuer die Rückkehr zu einer ehrenhaften Politik verursachen wird, die auf den Prinzipien der Gerechtigkeit aufgebaut sein wird. Das Komitee lädt alle Ehrenrollen ein, bei den Wahlen die Entsendung von Männern und Frauen in das Parlament zu sichern, die mit Offenheit und Freimut Vorkämpfer des Liberalismus sein werden.

London, 24. Oktober. (E.P.) Der Sitzung der Konservativen wohnten 220 Unterhaus-, 152 Oberhausmitglieder sowie 67 Wahlkandidaten der Partei bei. Chamberlain und seine Freunde waren, obwohl eingeladen, nicht anwesend. Lord Curzon führte den Vorsitz als Parteiführer des Oberhauses. Nachdem Bonar Law zum Parteiführer gewählt war, führte Bonar Law aus, daß Lloyd George jetzt wohl ein freier Mann sei, er sei aber überzeugt, daß hinter dem Schwert, das Lloyd George noch in der Hand habe, keine böse Absicht liege. Er, Bonar Law, habe sich während seines jahrelangen Zusammengehens mit Lloyd George immer darüber Rechenschaft gegeben, daß einmal der Tag kommen werde, wo er gezwungen sei, im Hinblick auf ihre erregten gegenseitigen Ansichten einander gegenüberzutreten. Er werde aber nicht vergessen, welche Verdienste Lloyd George sich in der größten Krise der Nation erworben habe. Die Dankbarkeit dürfe aber nicht so weit gehen, daß man Lloyd George das Recht gebe, bis zum Ende seiner Tage Ministerpräsident zu sein. Das Land wolle Ruhe haben und vor aller Abenteuern und Verpflichtungen im In- oder Auslande befreit werden. Dann wurde noch Chamberlain die Anerkennung ausgedrückt.

Die Parlamentswahlen in Lettland.

Die Wahlen zum ersten lettischen Parlament, die nach der zweijährigen Existenz der konstituierenden Versammlung jetzt stattgefunden haben, sind nach einem außerordentlich leidenschaftlich geführten Wahlkampf unter lebhaftester Beteiligung der gesamten Bevölkerung abgeschlossen worden. Von den insgesamt 100 Abgeordneten ist bereits die Parteizugehörigkeit von 97 bekannt; die noch ausstehenden 3 Sitze, auf die die Reststimmen entfallen, werden an der Zusammenkunft des Parlaments erst bestimmt werden. Das Gesamtergebnis ist, daß die reaktionären Parteien, trotz eines ungeheuren Aufwandes an Mitteln, eine vollständige Niederlage erlitten haben. Auch die in politischer Hinsicht reaktionären nationalen Minderheiten haben bei den Wahlen schlecht abgeschnitten. Von den bisherigen Koalitionsparteien, die die Regierung in Händen hatten, sind einige vollständig aufgegeben, so daß die bisherige Regierungskoalition aussichtslos geworden ist. Erhalten hat sich von ihnen lediglich der Bauernbund, für den wohl auch ein Teil der neuen Anstieher gestimmt hat, denen auf Grund des Agrargesetzes der Konstituante Parzellen bis zu 22 Hektar aus dem früheren Großgrundbesitz zugewiesen worden sind.

Den größten Erfolg bei den Wahlen hat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei davongetragen. Bei den Wahlen zur Konstituante eroberte sie von insgesamt 152 Sitzen 58. Inzwischen trat aber eine Spaltung der Partei ein; eine rechtsstehende Gruppe sonderte sich ab und trat in die Koalitionsregierung ein, und in der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion verblieben nur 35 Abgeordnete. Jetzt hat die Partei von insgesamt 100 Sitzen 32 bis 33 erobert, während die rechtssozialistische Gruppe es lediglich auf 6 bis 7 Mandate gebracht hat. Beide sozialdemokratischen Richtungen verfügen also gemeinsam über 40 Proz. der Mandate und werden voraussichtlich im Parlament eine ausschlaggebende Rolle spielen. Den Kommunisten war durch die Verhaftung ihrer sämtlichen Führer die Möglichkeit genommen worden, sich an den Wahlen zu beteiligen. Sie proklamieren Wahlenothaltung, wodurch selbstverständlich die Wahlen zugunsten der Rechtsparteien beeinflusst wurden.

Das allgemeine Ergebnis der Wahlen bedeutet einen erfreulichen Fortschritt der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem der wichtigsten ehemals russischen Randstaaten. Trotz der außerordentlichen Ungunst der Verhältnisse hat die lettische Sozialdemokratie erneut ihre Stärke und Festigkeit erwiesen. Sie hat nicht nur ihre alten Positionen behauptet und die von den kommunistischen Illusionen geheilten Arbeiterschichten um sich gesammelt, sie hat auch der großbürgerlich-agrarischen Reaktion, die alle chauvinistischen und nationalistischen Instinkte aufweckte, einen empfindlichen Schlag verlehrt. Die natürliche Folge des Wahlausganges muß eine Neubildung der Regierung sein. Wie diese ausfallen wird, steht noch dahin. Jedenfalls muß mit einer starken Linksschwenkung des Regierungskurses in Lettland gerechnet werden.

Die russisch-französische Annäherung.

Syon, 24. Oktober. (W.F.) Herriot hielt gestern in Lyon vor dem Ausschuß der Syoner Messe eine Rede über seine Reise nach Russland, in der er sagte, es sei dringend notwendig, daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland wieder aufgenommen würden. Am besten würde es sein, wenn die Moskauer Regierung zu den Bestimmungen über die Konferenz betreffend die Freiheit von Konstantinopel und der Meerengen zugelassen würde, und wenn in Moskau eine französische Handelsdelegation und in Paris eine russische Handelsdelegation errichtet würde.

Devisenkurse.

	24. Oktober		23. Oktober	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Gold) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Gold) Kurs
1 holländischer Gulden	1720.68	1729.32	1600.	1608.
1 argentinischer Papier-Peso	1551.03	1558.97	1476.80	1483.70
1 belgischer Franc	270.80	280.70	278.80	280.20
1 norwegische Krone	785.58	789.47	727.17	730.83
1 dänische Krone	888.78	888.22	817.93	822.05
1 schwedische Krone	1174.05	1179.95	1087.27	1092.73
1 finnische Mark	103.74	104.26	94.50	95.
1 japanischer Yen	2110.68	2120.32	1935.15	1944.85
1 italienische Lire	179.55	180.45	167.08	167.92
1 Pfund Sterling	1990.87	1999.13	1820.04	1826.63
1 Dollar	4408.95	4431.05	4074.78	4095.22
1 französischer Franc	811.71	813.29	216.75	228.25
1 brasilianischer Milreis	488.77	491.23	446.38	448.62
1 Schweizer Franc	805.48	809.52	740.04	744.96
1 spanischer Pseta	670.81	674.19	615.95	619.05
100 österr. Kronen (abgek.)	5.88	5.92	5.60	5.64
1 schwedische Krone	143.64	144.36	133.16	133.84
1 ungarische Krone	1.71	1.73	1.71	1.73
1 bulgarischer Lewa	30.80	30.95	29.17	29.32

Kronenkultus.

Im November 1918 sah das deutsche Volk die ganze Kollektion der Kaiser-, Königs-, Großherzogs-, Herzogs- und Fürstkrone in den Staub rollen, aber die Altherheit der Verwendung von Kronen zur Reklame für Geschäftsleute hat noch nicht aufgehört. Die Berliner Schokoladenfirma Hildebrandt verkauft noch Kakao in Papierhüllen, die mit der Kaiserkrone „geschmückt“ sind und übrigens auch noch eine Umrahmung in schwarzweißrot haben. Packungen aus der Zeit vor der Revolution können es nicht mehr sein, denn sonst müßten sie doch noch zu einem Preise verkauft werden, den wir heute als märchenhaft billig empfänden. Zweifellos handelt es sich um ganz neue Packungen, für die man bedenkenlos den aus der monarchischen Zeit übriggebliebenen Vorrat von Papier verwendet hat. Die so ausgestatteten Kakaoportale von Hildebrandt konnte man bis zuletzt sogar noch in Läden des Arbeiterlokals antreffen, wo sie wie eine dreifache Provokation wirkten.

Eine Krone wird in Berlin auch noch auf dem Stettiner Bahnhof zur Schau gestellt, und zwar ornlich. Der Bahnhofsportier trägt auf seiner Uniform ein ihn kennzeichnendes Blechschild, das noch von der preussischen Königskrone in auffällig großem Format überragt ist. Mit diesem Ding läuft er den ganzen Tag in der Vorhalle des Bahnhofs umher, so daß er wie eine wandelnde Reklame für die Monarchie wirkt. Was sollen hierüber die vielen Skandinavier denken, die Berlin besuchen und auf dem Stettiner Bahnhof einsteigen? Wenn sie diesen Portier um eine Auskunft bitten, werden sie nicht wenig überrascht sein zu sehen, daß die Deutsche Reichsbahnverwaltung immer noch zur Krone hält. Die Königskrone hat sich gewiß nicht so unlösbar an dem Blechschild, daß man sie nicht längst hätte beseitigen können, wenn man gewollt hätte. Wir können auch nicht glauben, daß der Bahnhofsportier ganz ohne Wissen vor Borgefetzten nur aus privater Liebhaberei den unentwegten „Kronenträger“ spielt. Er ist doch Reichseisenbahnbeamter und nicht ein vom Kaiser Wilhelm II. gehaltener und bezahlter Lakai.

Daß die Eisenbahnverwaltung „auch anders kann“, wollte sie wohl an dem Stadtbahnhof Warschauer Straße zeigen. Hier hat man an dem hochragenden Giebel des Stationsgebäudes eine Krone und einen Adler, die aus dauerhaftem Sandstein gemeißelt waren, beseitigt. Die Wähe der Beseitigung kann nicht gering gewesen sein, aber man hat sie nicht gescheut. Der Erfolg ist hier freilich das genaue Gegenteil von dem, was sonst mit der Austilgung monarchischer Hoheitszeichen bezeugt wird. Der Giebel war von Lokomotivrauch so vollständig geschwärzt, daß Adler und Krone schon lange kaum noch zu erkennen waren. Jetzt aber tritt das Weiß des kloßgelegten Sandsteins so hell hervor und die Umrisse von Adler und Krone haben sich von der geschwärzten Umgebung so grell ab, daß sie schon aus weiter Ferne bemerkbar werden und wie ein dreifacher Hohn wirken. Die Monarchisten werden damit zufrieden sein.

Die Todestür auf Bahnhof Friedrichstraße.

Die gefährliche Anstalt vieler Leute, auf der Eisenbahnfahrt die Abteiltür bei der Einfahrt in einen Bahnhof schon zu öffnen, bevor der Zug hält, dann aber nicht festzuhalten, hat in der vorgangenen Nacht auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein Menschenleben gefordert. Der Pianist Franz Schleiter aus der Frankfurter Allee 202/203 stand noch Geschäftsschluss um 1¼ Uhr auf dem Bahnsteig, um den Zug zur Heimfahrt zu erwarten. Als dieser eintraf, flog eine Tür auf, trotz ihm und schleuderte ihn zwischen Trittbrett und Bordwand. Der Unglückliche wurde so fest eingeklemmt, daß man das Trittbrett ausfügen mußte, um ihn zu befreien. Außerlich und innerlich schwer verletzt wurde er mit einem Tragkorb nach der Charité gebracht, starb aber schon auf dem Wege dorthin. Die Leiche wurde dem Schaubaus zugewiesen. Die sofort angestellten Nachforschungen nach dem Fahrgast, der die Tür aufgemacht hatte und nun durch seinen Leichtsinns den Tod eines Mitmenschen auf dem Gewissen hat, blieben zunächst erfolglos. — Es mag aus diesem Anlaß darauf hingewiesen werden, daß die Bahnarbeiter zwar Anweisung haben, derartige Leichtfertigkeiten zu verbieten, daß sie aber darin von dem Publikum viel zu wenig unterstützt werden. Vielleicht ist dieser Fall Anlaß dazu, einfach zu verbieten, daß irgendeine Tür geöffnet wird, bevor der Zug vollkommen hält.

Tariferhöhung bei den Ring- und Vorortbahnen.

Die Tarife für den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr werden mit Wirkung vom 1. November d. J. ab dergestalt neu festgesetzt, daß die jetzigen Sätze für Einzelreisefahrten um 100 Proz., die jetzigen Sätze für Zeitkarten dagegen nur um 50 Proz. erhöht werden. Die Erhöhung erstreckt sich gleichmäßig sowohl auf die Mindestsätze, als auch auf sämtliche Zonenätze. Auch die neue Fahrpreiserhöhung wird nach dem gleichen Verfahren wie diejenige am 1. Oktober durchgeführt werden; es werden also die aufliegenden Einzelreisefahrten zum vierfachen Betrage und die Zeitkarten zum dreifachen Betrage des ihnen aufgedruckten Fahrpreises verkauft.

Aufgeklärter Raubüberfall.

Nach aufgefährt wurde ein Raubüberfall, dessen Opfer, wie wir berichteten, der amerikanische Kaufmann Paul Hoffert aus der Wilmersdorfer Str. 1 in der Nacht zum Sonntag geworden ist. Der Mann geriet auf einer „Bierreise“ spät abends an zwei „Damen“, die ihn nach dem Tiergarten hinauslockten und ihm dort, der ohnedies schon dem Alkohol stark zugegeben hatte, vollends betäubten. Dann plünderten sie ihn gründlich aus und ließen ihn liegen. Fiedlerer nahmen dem Verurteilten, der für etwa 800.000 M. Gold- und Wertgegenstände eingekauft hatte, nachträglich auch noch den Hut und den Stockschirm weg. Als der Betäubte wieder zu sich kam, irrte er umher, bis Polizeibeamte ihn entrafen und nach Hause brachten. Kriminalkommissar Dr. Niemann und seinen Beamten gelang es schon gestern, die beiden „Damen“, eine Frieda Grail und eine Emma Rutalski, zu ermitteln und festzunehmen. Von ihrer großen Beute fand man nichts mehr bei ihnen. Die beiden Mädchen hatten noch dem Raube wieder mehrere Pakete mit heimlichem Nachbetrieb ausgehakt und behaupten, daß ihnen dort alles, was sie nicht selbst selbst ausgegeben hätten, wieder gestohlen worden sei.

Die Jugendpflegeweche im Verwaltungsbezirk Kreuzberg hat in ihrem Fortgang und Abschluß einen erfreulichen Verlauf genommen. Reich an Anregungen für die Jugendpflege waren die Spiel-, Sport- und Konzertveranstaltungen, bei denen Schulkinder und Schulentlassene die Empfangenden waren oder selber als Gebende auftraten. Ein „Junger Abend von der Jugend für die Jugend“, an dem mit vielen Erwachsenen etwa 700 Jugendliche und Kinder sich beteiligten, bildete einen Höhepunkt. In zwei Altersgruppen sprachen über das Verhältnis von Schule und Familie zur Jugendpflege erfahrene Schulpädagogen, die den Gemeinschaftsgeist als das Prinzip neuerer Jugendverziehung betonten. Am Sonntag endete die Reihe der Veranstaltungen mit einem Besuch des Bälletkundemuseums, wobei drei Fachlehrer durch belehrende Vorträge in das Verständnis der dort aufgestellten Schätze einführten. Museumsbesuche unter Anleitung durch Sachkundige sind ein Hilfsmittel der Jugendpflege, dessen Bedeutung noch viel zu wenig gewürdigt wird. Das Ergebnis der Jugendpflegeweche, an der neben Jugendpflegern und Eltern auch Lehrer und Gewerkschaftler teilgenommen haben, wurde vom Dezernenten des Bezirksjugendamts Kreuzberg, Stadtrat Genossen Dittmer, mit einer das Ergebnis kurz zusammenfassenden Ansprache geschlossen.

Die Unterrichtsstufe für Arbeiter und Arbeiterinnen E. A. beginnen Anfang November ihr Wintersemester. Gelehrt wird richtiges Deutsch sprechen und schreiben und sicher Rechnen. Hörsaal für einen Lehrgang (10 Wochen Dauer) 40 M., Arbeitslohn erhalten. Der Unterricht wird in Schulen erteilt. Anmeldungen an folgenden Tagen abends von 7½ bis 9 Uhr: Montag, den 23. Oktober, in der Kleinfur 40; am Dienstag, den 24. Oktober, in Reutlitz, Kaiser-Friedrich-Str. 208; Mittwoch, den 25. Oktober, in der Niederwallstr. 12; Donnerstag, den 26. Oktober, in der Vorkumer Str. 8, und am Freitag, den 27. Oktober, in Elden-berg, Rathhausstr. 8.

Straßmann-Gehring in Wertheim. Anlässlich des 60. Geburtstages des deutschen Volkshelden findet für den 18. Verwaltungsbereich morgen Mittwoch abend 7½ Uhr in der Gemeindehalle die Auslieferung des Buches „Die wertvolle Arbeit“ durch die Märkische Wanderschaft (Dr. Müller) statt. Einige Einladungen sind noch beim Gen. Feind, Gölberstr. 7, zu haben.

Zentralverband der Angestellten. Metall. Die für heute angelegte Funktionensammlung in Paderlands Gefällen findet nicht statt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ueberwiegend heiter und trocken, zeitweise starker Nebel und etwas neblig bei größtenteils schwachen nördlichen Winden. Nacht leichter Frost, um Mittag ziemlich mild.

Groß-Berliner Parteinahrichten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Centralsozialistische Vereinigung Gruppe VIII. Mittwoch abend 7 Uhr 30 Min. Treffen zum Parteibeschluss in der Jugendrotte des Landgerichtstrats Dr. Pausler in Schöneberg, Wilmersdorfer-Str. 21/23.

42. Mt. Mittwoch 7½ Uhr: Jubiläum in den bekannten Lokalen.

45. Mt. Der Jahrestag 1918 aus.

57. Mt. (Charlottenburg) Die Jahrestage fallen aus.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend Ost (Reichenberger Viertel). Die Veranstaltungen finden jetzt an jedem Mittwoch statt. Mittwoch, 23. Oktober, Diskussionsabend.

Sport.

Die Eröffnungsbrennen im Sport-Palast werden nunmehr am Mittwoch, den 25. Oktober, vor sich gehen. Die Festigung der Fußballer-Tribünen in den Kurven ist nur noch eine Frage von Stunden. Für das dem Programm hinzugefügte Freizeitspiel hat die Direktion den Streckenmeister Adolf Hunsche gewonnen, der mit dem Spieler E. Labbe und dem Spieler S. Walli zu kämpfen haben wird. Das Treffen über drei Runden wird durch die Einstellung dieser Runden allen drei Mannschaften die nötige Auswertung ihrer Fähigkeiten. Den Besatz des Rennabends bildet ein Entschuldigungsverfahren für die Nichtplatzierten. Die Rennen beginnen um 7½ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Musikinstrumentenarbeiter und Betriebsrätekongress.

In einer außerordentlich gut besuchten Versammlung der im deutschen Holzarbeiterverband organisierten Musikinstrumentenarbeiter bei Reims, Hagenheide, referierte Genosse Emil Barth über die Stellung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale zu dem von der sogenannten Fünfzehnerkommission propagierten Betriebsrätekongress. In großzügiger Weise behandelte er die Ursachen unseres Wirtschaftselendes, aus dem uns nicht eine „Aktion“ retten könne, die einseitig von einer Partei unternommen wird und von dem größten Teil der Arbeiterschaft nicht mitgemacht würde. Nur erneute Zerspaltung und Bruderkämpfe würden die Folge sein. Festerer Zusammenschluß aller Betriebsräte und Arbeiter unter Führung der dazu berufenen Organisationen könne die Arbeiterschaft aus dem fürchterlichen Elend des Augenblicks und der bestimung zu erwartenden Steigerung retten durch planmäßige Beseitigung der Ursachen der Not und durch geeignete Maßnahmen bei der Neuorganisation des ganzen Wirtschaftslebens, wobei besonders die Steuererfassung einer vollständigen Umstellung bedarf. Als Korreferent machte der Kommunist Schiefelbein auch nicht einmal den Versuch, sachlich auf die Ausführungen zu antworten. Mit persönlichen Angriffen, die vom Genossen Barth nachdem als unehrlich zurückgewiesen wurden, sowie einigen Ausfällen auf die beiden früher getrennten, jetzt vereinigten sozialdemokratischen Parteien glaubte er den Beweis für die Notwendigkeit eines wilden Betriebsrätekongresses erbracht zu haben. Eine Anzahl seiner Anhänger glaubten ihrer Idee zum Siege verhelfen zu müssen, indem sie in geradezu regelhafter Weise die Ausführungen des Genossen Barth fortgesetzt unterbrachen. Trotzdem lehnte die Versammlung eine Resolution ab, in welcher die Einberufung und Finanzierung des Betriebsrätekongresses gutgeheißen wurde, dagegen stimmte sie ferner, von den Funktionären der Richtung Amsterdam vorgelegten Resolution zu: „Die im Reichenberger Hof tagende Versammlung der Funktionäre der Musikinstrumentenarbeiter Berlin, Richtung Amsterdam, fordert der A.D.G.B., daß alle Mittel unverzüglich angewendet werden, um, gestützt auf die gesamten Betriebsräte, die vom letzten Gewerkschaftskongress für durchführbar erklärten 10 Punkte durchzuführen. Die Versammlung ist der Auffassung, daß eine restlose Beseitigung des Elends innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich sein kann, daß aber die Durchführung der 10 Punkte eine erhebliche Besserung des Elends bringen würde.“

Ferner beschloß die Versammlung die Kündigung der für Oktober gültigen Lohnabkommen. Die Auffassung der Forderungen wurde der Funktionärenversammlung am kommenden Donnerstag im Reichenberger Hof übertragen. Kollege Dorn berichtete dann vom Abschluß des Streiks der Leipziger Klavierarbeiter, die mit ihren Löhnen jetzt über denen der Berliner stehen. Von den freiwilligen Sammlungen seien bis dato 250.000 Mark den Leipziger Kollegen überwiesen. Die Versammlung stimmte ferner dem Vorschlag zu, die noch vorhandene erhebliche Summe dazu zu verwenden, um die trostlose Lage der Berliner Musikinstrumentenarbeiter, die noch zu Stundenlöhnen von 45 M. arbeiten, mit allen Mitteln zu bessern.

Nun Schiedspruch im Zeitungsgewerbe.

Man schreibt uns: Am 20. Oktober kam es bekanntlich zu einer Erhöhung der Septembergehälter um 70 Proz. Oberflächlich betrachtet mag das ein recht zufriedenstellendes Ergebnis sein. Wenn man jedoch die Septembergehälter der Angestellten kennt, dann muß man sagen, daß das dennoch ein magerer Vergleich ist. 150 Proz. wären notwendig gewesen, um die Gehälter gehörig aufzubessern.

Bei dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ erzielten beispielsweise Familienväter im September 10.000—12.000, Ledige 8000 bis 10.000 M. Sicht nach der Erhöhung erhalten sie 17.000—20.000 M. mit bezugsweise 15.000—17.000 M. Wie soll ein Angestellter mit dem Gehalt bei der Lebensmittelerhöhung auskommen? Mag auch der Lohn an sich schlecht sein, so ist doch hauptsächlich die rigide Auslegung durch genannte Firma an der schlechten Lage ihrer Angestellten schuld. Wie wäre es sonst möglich, daß der größte Teil der Angestellten in der niedrigsten Gruppe A ist, so daß ein junger Mensch von 23 Jahren, der seine Lehrzeit hinter sich und den Krieg mitgemacht hat, weniger bekommt als ein 40-jähriger Mann von 17 Jahren mit seinen 13.500 M. Es gibt sogar Anwesenheit, die 35 Jahre alt sind und noch als „ungelehrt“ im dritten Jahre rechnen und doch trotz außerordentlicher Zulage genau soviel bekommen wie ein Botenjunge. Wenn auch die Geschäftsleitung betont, daß sie die Notlage der Angestellten voll und ganz anerkenne,

so scheut sie sich doch, daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Andere Firmen des Zeitungsgewerbes, die nicht die Einnahmequellen haben wie die Benannten, bezahlen dennoch weit besser.

Obendrein erklärte der Sprecher der Arbeitgeber, Herr Messer Scheuer, daß in Zukunft von einer Erhöhung entsprechend dem Volkstanz keine Rede mehr sein könne; in Österreich geschähe es auch nicht mehr. Mögen sich die Angehörigen vor Augen führen, was das heißen soll."

Die Arbeitslosigkeit der Buchdruckerhilfen im allgemeinen und in Hannover im besonderen wird durch folgendes Interat im "Volkswillen" gekennzeichnet:

Das Buchdruckgewerbe löst fortgesetzt zahlreiche überflüssige Arbeitskräfte ab, die aller Voraussicht nach für lange Zeit keine Aussicht haben, wieder im Beruf Stellung zu finden.

75 Buchdruckerhilfen im Alter von 18 bis 68 Jahren, die jede ihnen zuträglichste Arbeit annehmen, auch wenn es sich um Ausbilden handelt, suchen Egestens in anderen Berufen.

In Berlin sind es viel mehr!

Mag Scholz, der langjährige erste Vorsitzende des Zentralverbandes des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten und erster Vorsitzender des Betriebsrates der Darmstädter Bank, Zentrale Berlin, ist heute nacht nach längerer schwerer Krankheit gestorben. Der Verstorbene genoss in den Kreisen der gesamten Bankangestelltenschaft aufrichtige Sympathien. Sein Tod wird allgemein bedauert.

In der Metallindustrie des Saargebiets droht infolge der Zerrüttung des Saarwirtschaftslebens eine Krise. Der "Blütezeit" des Frankens folgt das Geipst der Arbeitslosigkeit. Die Arbeiterorganisationen sind mit einer scharfen Eingabe an die Regierungskommission herorgetreten und verlangen deren Eingreifen. Es wird u. a. der Vorschlag gemacht, durch Arbeitsvermittlung bzw. Arbeitsverfugung Entlassungen zu vermeiden.

Deutscher Goldarbeiterverband. Karten a 40 M. für das Revolutionsdrama "Dante" am Sonntag, den 22. Oktober, nachm. 7 1/2 Uhr, im Großen Schauspielhaus, sind im Bureau IV Platz Nr. 90 zu haben.

Gewinn-Auszug

20. Preuß.-Südd. (216. Preuß.) Klassen-Lotterie
5. Klasse 12. Ziehungstag 23. Oktober 1933

Jede gezogene Nummer und ihre gleich hohe Gewinne gehören, und zwar je einer auf die Höhe gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Die Gewähr. Kostlos erhalten.

In der Abteilung I wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 30000 M 69-24
6 zu 1000 M 43583 188005 219741
14 zu 500 M 84589 18794 2-7 14 27670 265137 75183 216225
120 zu 300 M 12489 3-0 03 31900 47673 47626 49187 41983 50793 87865
60440 64004 721-7 72801 84199 84114 91397 10-105 110-97 130 44 110504
131500 131714 137093 140388 141867 151324 15 312 182000 29113 301456
17 748 177243 182 0 192606 194033 194116 244037 21831 22300 224 47
240-26 25323 272678 277116 283506 287444 287711 313009 316883 319129
322157 31 3314 0 3-73 7 31 4 0 3 9201 4 6784 89698 87 816 872641

In der Abteilung II wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 40000 M 154070
2 zu 10000 M 17-0-0
2 zu 10000 M 181173
20 zu 500 M 22714 43884 107880 150165 170865 189476 208003 216203
275250 342378
140 zu 1000 M 9770 13 29 18039 15076 17264 21277 22180 24164 24 40
31131 37496 43667 4 464 4 670 60011 65061 7071 78345 859 0 90008
9 728 9 864 9614 10776 109-41 11557 124679 13385 1388-8 142546
152398 166 76 1 1653 170177 18-4 0 189680 18792 191787 199307 19 468
228415 233111 134 43 2548 0 24004 2428 0 24833 26188 26-238 2 6449
27 895 27328 283253 286599 300312 303310 304072 30791 314806 319712
3 00 5 318 5- 37 387 382278 333658 336443 343-31 344737 349471 356192
360999 386-08 370349

In der Abteilung III wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 40000 M 120847
2 zu 10000 M 44313
2 zu 500 M 145318 277097
4 zu 50 0 M 19 0 45105 60416 366178
1 0 zu 3000 M 4851 1 421 12720 1747 17951 42007 19385 27030 67692
76416 71024 10173 85729 87469 89363 91302 9139 97567 97454 10778
107718 110-35 11349 128610 141729 16 4 3 1747 5 170091 175453 180787
181280 192227 1996 0 199114 0 1617 200840 207615 21165 2167 8 217-5
218281 225 30 226 87 231326 235890 24219 16 16 283 266669 275353 275652
284764 287-10 318478 320091 326193

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthalten niedrigeren Gewinne sind aus den Ziehungen zu ersehen, die bei den zuständigen Lotterieverwaltungen zur unangenehmsten Einsicht ausliegen.

Bestandteil für den Verkauf, Zeit: Victor Schill, Berlin für Anzeigen: H. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag W. u. M. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Carl Singer u. Co., Berlin, Triebstr. 3

Juwelen- Einkaufs- Gesellschaft

Hopenfeld & Co

★

Berlin * Antwerpen

Beuthstraße 12

(Spittelmarkt)

Potsdamer Str. 118

Große Juwelen-Ankaufstage!

Infolge großer Nachfrage im Ankauf kaufen wir und suchen dringend:

Brillanten bis 500 000 Mark pro Karat und darüber

Ringe, Kollern, Ohrring, alten Familienschmuck mit kleinen und sehr vielen Brillanten, Perlen, Perlschnüre, Smaragde, überhaupt jeden Schmuck, ferret goldene H. Urran, bis 100 000 M. pro Stück, goldene Ketten, Ringe, Münzensammlungen, Platin, Gold, Silberbruch und Fassungsgegenstände, wie Bestecke, Schalen, Leuchter, Dosen, antike Sachen zum denkbar höchsten Ankaufspreis. — Wir zahlen ab heute besonders hohe Preise, so daß jeder Kunde unbedingt zufrieden sein wird. Unsere Firma ist in Groß-erlin als höchstzahlende Stelle bekannt, und fast jedem Kunden zahlte wir bis 30% mehr. Deshalb raten wir Ihnen dringend, kommen Sie vertrauensvoll zu uns. Kostlos, reelle Taxen. Diskrete Einzelbedienug. Christliches Unternehmen. Sofortige Barauszahlung ohne Luxussteuerabzug.

Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus Handelsgerichtlich eingetragene Firma
Moderne Ladenräume parterre **Potsdamer Straße 118** direkt neben d. Lötzwasser.

Durchgehend geöffnet
von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr

Zu alten Preisen

Anzüge Tausendstücken, in guter Verarbeitung 3500.- bis 9500.-	Anzüge für jede Figur passen, in Herbst 5500.- bis 28500.-
Schlüpfer für Jungmänner, marine blaue Stoffe 3500.- bis 9500.-	Haglan neue Formen ohne Qualitäten 4950.- bis 32500.-
Hosen größte Auswahl gute Stoffe 945.- bis 6850.-	Joppen schwere Stoffe, warm gefüttert 3500.- bis 6850.-
Pelze in jeder modernen Gestalt 945.- bis 38500.-	Damen-Mäntel elegante Gestalt und gute Stoffe 1850.- bis 18600.-

Leihhaus
aus Lauenburg
Wilmerdorferstr. 127
Haupt, Ecke Schillerstr.

Zahngelbisse

(auch zerbrochene)

Zahle pro Zahn 300, 500 bis 5000.-
Gold-, Silber-, Platinbruch, Gegenstände, Ketten, Ringe, Isenthal, Dentist, Gneisenau-Str. 4
1410 Laden, nur vorn 3 Treppen

Gold Silber Platin Brillanten
kauft reell zu höchsten Tageskursen
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

**Preiswert:
Leder**

Berthold Kuttner
Lederhandlung
BERLIN SO 26
Reichenberger Str. 14
Von 1-3 Uhr geschlossen.

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Rothbuser Damm 18

Schöne Reste für Herren-Anzüge, Mäntel, Kostüme, Kleider
in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Ständig sehr große Auswahl. Streng reell, in Qualität.

Gold-Silber-Platin-Bruch-Quecksilber

kauft zum höchsten Tageskurs

Heinrich Trapp
Beuthstr. 10, Spittelmarkt.

Zeitungs-papier
27 M.
Stampe
14 M.
Kognakflaschen
30 M.
Alle anderen Holzprodukte höchstzahlend!
Mühlenstr. 48
Tel. 561, 5331

Silberedimelze Christlinal
Köpenicker Straße 20 (gegenüber der Rautenstraße)
kauft höchstzahlend
Gold, Silber, Platinbruch, sämtliche Metalle, Quedsilber, Glühbirnenlampen.

Gold-Silber-Platin

Ringe, Ketten, Brillen, Bestecke etc.
Brillanten, Zahngelbisse
kauft höchstzahlend
Erich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Metall
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.
auch Tagelöhner für
MOBEL
Noch sehr billig
Speiser-, Herren-, Schlafzimmer
Größe Auswahl
9-1, 3-7.
Neugebauer
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 127, 1
Ecke Schillerstr.
Klein Laden

Gold Silber-Platin

Gegenstände, Bruch
Zahngelbisse
kaufen zu unüberbieten Preisen
Gebrüder Fuhrmann,
Nollendorferstr. 39.

Strickjacken
aller Art für Damen, Herren, Kinder
Sportarten, Schals u. Mäntel
Nur Einzelverkauf bester Qualität sowie
Billigste Bezugsquelle!
Bruno Richter
Berlin-Pankow
Mendelstraße 36
Fabrik-Niederlage Thüringer Wollwaren
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116
Perron: Amt Pankow 3721.

Perser-Teppiche Klaviere, Flügel
ausgezeichnete
nachste Engländer, Jacken
im, Pulten, 3. Perf. 6104

Getragene Herren- u. Damengarderobe
sowie
ganz neue Rückläufe
kauft u. verkauft
Koch, Neukölln
Bergstr. 53, Laden.

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelbisse, Uhren, Kollern, Ringe
sowie
Almetalle
kauft zu
Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Hof Frank. Allee
Fahrgeleitvermittlung
Größtes Abnahmestgebiet für Händler!

Riesig preiswerte Angebote für Bett- und Leibwäsche!

Durch gemeinsames Einkauf mit einer Anzahl solider Firmen können wir sehr Vorteilhaftes bieten.

Bettwäsche Bettbezug aus gutem Stoff ... 1650.- Kissen ... 450.- Bettbezüge aus sehr gutem Stoff ... 1950.- Bettflaken 1950.- 1550.- 950.- Gr. Auswahl in Wäschestoffen, Handtüchern, Frotteiwäsche.	Leibwäsche Hemden 1000.- 850.- 575.- Ferner Beinkleider, Nachtblenden, Hemdhosen, Unterhosen. Entzückende Garituren in leichten und festen Stoffen. Einzelstücke besonders billig!	Handtücher Staubhandtücher 500.- 250.- Tischwäsche aller Art sehr billig! Sonderangebot! Schwere Bettdecken 400 200 650.- Mengenabgabe vorbehalten.
--	--	---

Sichern Sie sich noch preiswerte Wäsche durch Anzahlung!

Wäschefabrikation
Schöneberg, Goltzstrasse 26 an Winterfeldplatz
Kolonnenstr. 62 1 Min v. Dn Schöach.
Berlin C, Alexandersir. 14c 1 Min v. Bnf Jannowitzbr.
Lieferant für große Anstalten und Verbände.

Juwelen, Gold- und Silber-Bruch
kauft zum höchsten Tagespreis
Leihhaus Zehden,
Karlstr. 24.

Reelle höchste Verzählung für
Zahngelbisse
(auch zerbrochene)
pro Zahn 200, 300 bis 3500 Mark
Gold-, Silber-, Platin-, Münzensamml.
Juwelier **Kleine Frankfurter Str. 1**
1. Min. vom Alex. der-Str.
Einkauf von Brillanten,
Perlen, Smaragde, Rubin, Saphir und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe.
Schapiro, Reue Rönigstr. 10a, im Laden.

Arbeitskleidung
Hosen
von 390 bis 1500 M
Hemden, Unterhosen, Socken
Bermuskleidung
Gute Ware, billige Preise.
Gerh. Köhnen,
Neukölln,
Hermannstr. 16-77.

Zahngelbisse
sowie
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngelbisse, Uhren, Ketten, Ringe
kauft zu höchsten Tagespreisen
Barthele Edelmetallverwertung
Invalidenstr. 2, v. J. reals. Klein Laden
Eingang Ekspeditionstraße (Laden)
Kopenhagener Str. 9 (Laden)
1 Min. v. Dahn, Schönhauser Allee

Möbel
kaufen Sie
sehr vorteilhaft
viel
G. Cammitzer,
Schönb. Allee 82,
Ecke Wiclers-
Hochb. Nord.
Auf Wunsch bequemste
Teilzahlung!

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngelbisse, Uhren, Ketten, Ringe
kauft zu höchsten Tagespreisen
Hahn & Co.,
Juwelier und Goldschmied,
Neukölln, Jannitz 28.